

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom 8. Juni 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 27. April 2017 betreffend Maßnahmen zur Beschleunigung von Bewilligungsverfahren überregional bedeutsamer Infrastruktur-Projekte vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 14. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 6. Juli 2017 betreffend Erfassung von in Eheverhältnissen lebenden Minderjährigen in Österreich vorgelegt wird.
3. Schreiben der Landeshauptfrau von Niederösterreich vom 12. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 6. Juli 2017 betreffend Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vorgelegt wird.
4. Schreiben des Amtes der NÖ. Landesregierung vom 20. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2017 betreffend "Chancen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung in den Lehrplänen zu verankern" und "gegebenenfalls neue Studien- und Lehrpläne rund um die Entwicklungen, die mit der Digitalisierung passieren, zu ermöglichen" vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der NÖ. Landesregierung vom 11. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 18. Mai 2017 betreffend Absicherung der sozialen Verantwortung der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der NÖ. Landesregierung vom 13. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 22. Juni 2017 betreffend Maßnahmenpaket für die Zugverbindung Wiener Neustadt - Puchberg am Schneeberg" vorgelegt wird.
7. Schreiben des Amtes der NÖ. Landesregierung vom 28. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2017 betreffend Verlängerung der EU-Regionalpolitik nach 2020 vorgelegt wird.
8. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 13. Juli 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 6. Juli 2017 betreffend "gerechte Pensionen für unsere Mütter 62plus" vorgelegt wird.
9. Schreiben des Amtes der Vorarlberger Landesregierung vom 13. Juli 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 6. Juli 2017 betreffend "Armut wirklich bekämpfen durch höhere Pensionen" vorgelegt wird.
10. Schreiben des Amtes der Tiroler Landesregierung vom 11. Juli 2017, mit dem eine EntschlieÙung vom 18. Mai 2017 betreffend Vereinfachungen für Klein- und Mittelbetriebe vorgelegt wird.

11. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg vom 6. Juli 2017, mit dem der Antrag Nr. 42 - "Sozialpartnerschaft als demokratiestabilisierendes Element muss erhalten bleiben!" vom 14. Juni 2017 vorgelegt wird.
12. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark vom 24. Juli 2017, mit dem 28 Resolutionen und Anträge der 10. Vollversammlung vom 6. Juli 2017 vorgelegt werden.
13. Schreiben des Österreichischen Verbandes der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen vom 12. Juli 2017, mit dem 10 Anträge und Resolutionen der 46. Vollversammlung vom 20. Mai 2017 vorgelegt werden.
14. Schreiben von 22 Gemeinden (Inzersdorf-Getzersdorf, Neulengbach, Gablitz, Laa an der Thaya, Untersiebenbrunn, Schönbühel-Aggsbach, Rossatz-Arnsdorf, Sollenau, Pölla, Asparn an der Zaya, Schwarzenau, Aschbach-Markt, Zwentendorf a.d. Donau, Drösing, Ottnang am Hausruck, Japons, Mönichkirchen, Deutsch-Wagram, Heidenreichstein, Pfaffenschlag, Sandl, Wolfpassing), mit denen Resolutionen gegen die Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe vorgelegt werden.
15. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom Juli d.J., mit dem ein Beschluss vom 20. Juli 2017 betreffend Tierschutzgesetz neu - Ausnahme für angemeldete Tierschutzvereine vorgelegt wird.
16. Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung vom 14. Juli 2017, mit dem ein Beschluss des Salzburger Landtages vom 28. Juni 2017 betreffend die Verlängerung der 15a B-VG Vereinbarung zum Ausbau des institutionellen Kinderbildungs- und -betreuungsangebotes vorgelegt wird.
17. Schreiben der Landwirtschaftskammer Steiermark vom 3. August 2017, mit dem eine Resolution betreffend die Abschaltung des AKW Krsko vorgelegt wird.
18. Schreiben des Amtes der NÖ. Landesregierung vom 7. August 2017, mit dem ein Beschluss vom 21. Juni 2017 betreffend "Entlastung der Freiwilligen Feuerwehren und Gesundheitsschutz ihrer Mitglieder" vorgelegt wird.
19. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 25. Juli 2017, mit dem ein Beschluss vom 20. Juli 2017 betreffend Änderung der Tierschutzkontroll-Verordnung, des Tierärztegesetzes und des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes vorgelegt wird.